WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

DIENSTAG, 26. NOVEMBER 2013 | 69. JAHRGANG | NR. 276 | EINZELPREIS 1,20 €

Große Koalition: Bremer SPD noch unentschieden

Bremens SPD-Chef Andreas Bovenschulte im Gespräch mit unserer Zeitung. **Seite 8**

Viele Menschen klagen über Bahnlärm. Eine mögliche große Koalition in Berlin will sich mit dem Problem stärker befassen. FOTO: KOCH

Bahn muss leiser werden

Bremen (wk). Der Lärm durch Züge soll bis 2020 halbiert werden. Dieses Ziel soll im Koalitionsvertrag verankert werden. Union und SPD setzen dabei vor allem auf eine Umrüstung der Güterwaggons auf neue Bremsen. Falls dies nur schleppend gelingt, werden auch Nachtfahrverbote erwogen. Der Bremer Bahnlärm-Initiative geht das nicht weit genug. **Bericht Seite 9**

Illegale Kleidersammlung

Bremen (wk). Die Stadt Bremen geht verstärkt gegen illegale Container für Altkleidersammlungen vor. Mehrere Firmen versuchen, von den lukrativen Sammlungen zu profitieren, und stellen nicht genehmigte Container auf. Eine Tonne Altkleider und Schuhe bringt immerhin etwa 400 Euro Erlös. Rund 100 nicht genehmigte Container sind bislang im Stadtgebiet festgestellt worden. Die Umweltbehörde lässt sie mit Folie verschließen oder transportiert sie ab. Außerdem droht sie den Firmen mit Bußgeldern. Die illegalen Aufsteller scheint das allerdings wenig zu beeindrucken. Im Gegenteil – sie ziehen sogar gegen die Stadt vor Gericht. **Bericht Seite 7**

Bei Mindestlohn grundsätzlich einig

Berlin (wk). Union und SPD haben sich in einem ersten Entwurf für ihren Koalitionsvertrag auf die Einführung eines Mindestlohns geeinigt, Zeitpunkt, Höhe und Ausnahmen aber noch ausgeklammert. In dem Papier heißt es: „Durch die Einführung eines allgemein verbindlichen Mindestlohns soll ein angemessener Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt werden." Strittig seien aber noch Startpunkt, erstmalige Festsetzung und Differenzierungsmöglichkeiten. Nach stundenlangen Beratungen im kleinen Kreis zeichnete sich gestern Abend noch kein Durchbruch in weiteren zentralen Streitpunkten ab. **Bericht Seite 2**

Pentagon finanziert Forschung in Bremen

Universität sieht keinen Verstoß gegen Zivilklausel

Das US-Verteidigungsministerium bezahlt auch Forschungsprojekte in Bremen. Nachdem bekannt wurde, dass seit 2003 insgesamt 7,4 Millionen Euro an deutsche Hochschulen und Institute geflossen sind, flammt die Debatte über die Unabhängigkeit der Forschung auf. In Bremen wird darüber gestritten, ob das Geld aus den USA gegen die Zivilklausel verstößt.

VON SARA SUNDERMANN UND JAN RAUDSZUS

Berlin·Bremen. Das US-Militär lässt Sprengstoffe an der Uni München erforschen, schusssicheres Panzerglas an Fraunhofer Instituten und Orientierungssysteme für Drohnen an der Uni Marburg. Die millionenschweren Fördermittel des Pentagon wurden durch Recherchen des NDR und der „Süddeutschen Zeitung" öffentlich.

Die Bremer Uni hat sich durch die Zivilklausel der Forschung zu friedlichen Zwecken verschrieben. Auch hier wird ein Forschungsprojekt der Uni mit 217 000 Euro vom US-Verteidigungsministerium finanziert. Geld aus den USA erhält auch das Alfred-Wegener Institut (AWI): Das Pentagon unterstützt ein Projekt des AWI mit 197 000 Euro. Das Projekt diene dem Schutz von Walen vor Unterwasserlärm, sagt AWI-Sprecher Ralf Röchert. Die US-Institution gehöre zu den großen internationalen Geldgebern in diesem Bereich

An der Bremer Uni floss das Geld aus der Forschungsabteilung der Luftwaffe in ein Projekt zur Meteoritenerforschung. Das sogenannte European Office of Aerospace Research and Development (EOARD) finanzierte von 2003 bis Anfang 2013 die Arbeit von zwei Doktoranden. Institutsleiter John Burrows hat die Gelder beim EOARD beantragt. Er sieht keine Kollision mit der Zivilklausel. Ihm geht es um die Inhalte der Forschung, nicht darum, woher das Geld kommt. „Wir betreiben reine Grundlagenforschung, wir interessieren uns für die geophysikalischen Prozesse in der Erdatmosphäre", sagt Burrows. „Wir erforschen, welche Metalle freigesetzt werden, wenn Meteoriten in die Atmosphäre eindringen. Ich verstehe nicht, wie das als Rüstungsforschung beschrieben werden kann." Die Untersuchung von Meteoriten sei von allgemeinem Interesse. Er habe keinen anderen Geldgeber für dieses Projekt gefunden und sei froh, dass die beiden Doktoranden mit Mitteln des EOARD ihre Forschungen durchführen konnten.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) der Uni übte gestern scharfe Kritik. Er sieht in dem Forschungsprojekt einen klaren Verstoß gegen die Zivilklausel. „Geld, das vom Pentagon kommt, ist nicht neutral", sagt Kevin Pollack vom Asta.

„Wir haben die Zivilklausel, wir haben aber auch die Freiheit der Forschung", sagt Uni-Sprecher Eberhard Scholz. „Jeder Hochschullehrer ist frei, Forschungsprojekte vorzuschlagen und dafür Mittel einzuwerben." Es gebe an der Uni keine rechtliche Möglichkeit, legale Forschungsvorhaben zu verbieten. Wissenschaftler seien gehalten, sich bei Projekten, die sich an der Grenze von friedlicher und militärischer Nutzung bewegen, an den Dekan ihres Fachbereichs zu wenden. Der zuständige Dekan habe in diesem Fall keine Kollision mit der Zivilklausel gesehen. „Uns geht es um einen bewussten Umgang der Wissenschaftler mit diesen Fragen", so Scholz. Es habe keine Debatte über eine schwarze Liste für Geldgeber stattgefunden, bei denen man keine Mittel beantragen wolle.

Die Bremer Bildungsbehörde sieht keine Veranlassung, den Hochschulen bei zivilen Grundlagenprojekten Vorgaben zu ihren Drittmittelgebern zu erteilen, sofern diese Projekte nicht gegen die Zivilklausel verstoßen, sagt Behördensprecherin Christina Selzer. Grundlagenforschung sei nicht genehmigungspflichtig.

Die Fraktion der Linken kritisiert einen Mangel an Transparenz. 2012 hätte der Senat angegeben, es seien in Bremen keine Forschungsprojekte durchgeführt worden, an denen ausländische Verteidigungsministerien beteiligt sind. **Kommentar Seite 2**

Amazon-Mitarbeiter streiken

Unternehmen warnt vor Imageschaden im Weihnachtsgeschäft

Leipzig·Bad Hersfeld (wk). Mit Streiks zum Beginn der Adventszeit haben Mitarbeiter des Versandhändlers Amazon gestern ihre Forderung nach einem Tarifvertrag bekräftigt. Hunderte Beschäftigte legten an den Standorten Leipzig und Bad Hersfeld ihre Arbeit nieder, wie die Gewerkschaft Verdi mitteilte. Amazon-Logistikchef Dave Clark warf den Streikenden vor, Kindern Weihnachten zu verderben. Mit der Androhung von Streiks im Weihnachtsgeschäft schieße Verdi „in Sachen öffentliche Wahrnehmung ein Eigentor", sagte Clark der Zeitung „Die Welt". Tarifgespräche mit Verdi lehnte er ab: „Verdi ist nicht Teil unserer Beziehung, deswegen verwende ich nicht viel Zeit für sie. Warum sollten wir uns von jemandem zur Zusammenarbeit erpressen lassen, der damit droht, das Weihnachtsfest für Kinder zu ruinieren?" Die Mehrheit der Amazon-Mitarbeiter in Deutschland wolle ein gutes Weihnachtsgeschäft abliefern.

Die Streikenden hätten erbost auf diese Äußerungen reagiert, sagte Verdi-Sprecher Thomas Schneider. Sie hätten gefragt: „Wer ruiniert das Weihnachten der Kinder und Enkel von Amazon-Beschäftigten? Warum bekommen wir kein Weihnachtsgeld in tariflicher Höhe?" Verärgerung habe es auch über die „Arroganz" gegeben, „zu glauben, die einzige Möglichkeit, Weihnachtsgeschenke zu kaufen, ist Amazon". Alle anderen großen deutschen Versandhandelsunternehmen zahlten nach Tarif. Verdi hatte die Logistikzentren in Leipzig und Bad Hersfeld bereits mehrfach bestreikt. Die Gewerkschaft fordert von Amazon eine Bezahlung, die dem Niveau im Einzel- und Versandhandel entspricht.

Versöhnungstreffen in Berlin

Spähaffäre: US-Delegation betreibt Schadensbegrenzung

Berlin (alp). Weil die NSA-Spähaffäre die deutsch-amerikanischen Beziehungen belastet, hat gestern eine Delegation von US-Politikern bei einem Besuch in Berlin versucht, die Wogen zu glätten. Die Besucher – der demokratische Senator Chris Murphy und der Kongress-Abgeordnete Gregory Meeks – äußerten Bedauern über das beschädigte Verhältnis. Murphy gab zu, dass mit der Überwachung von Merkels Handy „eine Linie überschritten worden" sei. Auf eine öffentliche Entschuldigung wollte sich jedoch keiner der beiden einlassen.

Sowohl Außenminister Guido Westerwelle (FDP) als auch Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) forderten von den USA „besondere Anstrengungen", um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Eine Wiederholung der Affäre soll durch neue Vereinbarungen zwischen Berlin und Washington vermieden werden. **Kommentar Seite 2·Bericht Seite 3**

Auch Außenminister Guido Westerwelle (Mitte) empfing die US-Delegation. FOTO: DPA

Weserburg: Betriebsrat gegen Umzug in Wallanlagen

Bremen (she). Kurz bevor sich die Kulturdeputation der Bremischen Bürgerschaft heute mit einem möglichen neuen Standort des Museums Weserburg befasst, hat der Betriebsrat Widerstand gegen entsprechende Pläne angekündigt.

Die Vertretung der Beschäftigten fordert, das Museum müsse an seinem jetzigen Ort auf dem Teerhof erhalten bleiben und finanziell von der Stadt besser abgesichert werden. Das Gebäude auf dem Teerhof sei ein „einmaliger und besonderer Standort für die Präsentation der Gegenwartskunst, der durch nichts zu ersetzen" sei. Eine Angliederung an die Kunsthalle lehnt der Betriebsrat ab und gibt zu bedenken, dass dem derzeit die unterschiedlichen Trägerstrukturen entgegenständen. Die Kunsthalle wird von einem Verein getragen, das Museum Weserburg ist eine Stiftung privaten Rechts. Auch eine Ausstellungshalle, die sich in räumlicher Nähe zur Kunsthalle befinde, stellt für die Mitarbeiter keine akzeptable Lösung dar.

In der vergangenen Woche hatte sich der Stiftungsratsvorsitzende Klaus Sondergeld für eine derartige Möglichkeit ausgesprochen, im Gespräch ist eine Ausstellungshalle neben dem Wilhelm-Wagenfeld-Haus (wir berichteten). Hintergrund für diese Überlegungen ist, die Weserburg auf einen finanziell solideren Sockel zu stellen. Der Betriebsrat fühlt sich von diesen Plänen überrollt – und wirft Sondergeld vor, sich als Vorsitzender des Stiftungsrats entgegen der eigenen Satzung zu verhalten, anstatt sich dafür einzusetzen, dass die Weserburg mehr Geld von der Stadt erhält. Zu einer Angleichung der Mittel entsprechend der Bedürfnisse des Museums habe sich die Stadt immerhin in der Stiftungsurkunde verpflichtet. Für einen möglichen Umbau des jetzigen Standorts lägen zudem immer noch keine verlässlichen Zahlen vor, kritisiert der Betriebsrat.

Mehr Tempo bei der Planung fordert dagegen der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Claas Rohmeyer. Der Senat müsse ein inhaltliches Konzept zur Präsentation von Gegenwartskunst bis Sommer 2014 vorlegen und nicht erst, wie bisher geplant, bis Frühjahr 2015. Die Standortfrage könnte dann bis Ende 2014 geklärt sein. Auch die CDU kritisiert, es sei bei den bisherigen Überlegungen nicht daran gedacht worden, dass es sich bei Kunsthalle und Museum Weserburg um zwei unterschiedliche Träger handele, die nicht einfach so kooperieren könnten.

POLITIK

Polen setzt auf Schiefergas

Warschau. Polens neuer Umweltminister Maciej Grabowski empört die Umweltschützer. Der Finanzexperte will die Energiegewinnung durch den Abbau von Schiefergas forcieren. **Seite 3**

VERMISCHTES

TV-Doku über Samuel Koch

Mainz. Nach seinem tragischen Unfall sitzt „Wetten, dass..?"-Kandidat Samuel Koch im Rollstuhl. Eine TV-Dokumentation zeigt, dass sein Leben ganz anders als in Illustrierten beschrieben verläuft. **Seite 6**

NORDDEUTSCHLAND

ICE-Verbindungen fallen aus

Bremen·Hannover. Die Bahn lässt ab Mitte Dezember auf der Strecke Bremen-Hannover nachmittags vier ICE-Verbindungen ausfallen. Berufspendler müssen Wartezeiten in Kauf nehmen. **Seite 15**

WIRTSCHAFT

Spacelab-Preis für Bremerin

Bremen. Das deutsche Weltraumunternehmen Astrium hat gestern seine Spacelab-Preise vergeben. Einer ging an Bianca Reinhardt von der Bremer Universität. **Seite 21**

WESER-KURIER LIVE

Dieses Symbol kennzeichnet, wo Augmented-Reality-Effekte hinterlegt sind. Das heißt: Mit einem Smartphone, einem Tablet-PC und der App WESER-KURIER Live (kostenlos abrufbar im App-Store und bei Google Play) kann man digitale Inhalte sichtbar machen. Das können Videos sein oder Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und allerhand andere ergänzende Informationen.

Wenn die App aktiviert ist, auf „Scan" tippen, das entsprechende Datum auswählen und ähnlich wie bei einem QR-Code mit der Kamera das Bild erfassen, und zwar komplett. Und schon wird die Zeitung lebendig . . .

DAS WETTER

Sonne und Wolken

Zwischen einem Hoch bei Irland und einem Tief über dem westlichen Russland weht kalte Luft heran. **Ausführliches Wetter Seite 6**

INHALT

Familienanzeigen	17
Fernsehen	14
Leserforum	4
Rätsel & Roman, Impressum	25
Sport	26
Veranstaltungsanzeigen	13
Verbraucher	24

KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN

4 194176 301200 20048